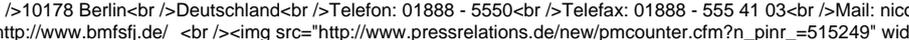




## Grünes Licht für die 'Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege'

Grünes Licht für die "Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege" - Verständigung zwischen Ländern und Bundesagentur für Arbeit macht den Weg zum ersten, bundesweiten Ausbildungspakt für den Bereich der Altenpflege frei - Zur Sicherung des Fachkräftebedarfs in der Altenpflege hat die Bundesregierung unter Federführung des für die Altenpflegeausbildung zuständigen Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) mit Beteiligung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS), des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) im vergangenen Jahr die "Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege" gestartet. In einer auf Fachebene eingesetzten Arbeitsgruppe wurden für zehn Handlungsfelder konkrete Zielvereinbarungen entwickelt, durch die die Aus-, Fort- und Weiterbildung in der Altenpflege gefördert und die Attraktivität des Berufs- und Beschäftigungsfeldes erhöht werden soll. Nachdem die übrigen Partner der Initiative bereits im Sommer ihre Zustimmung zum ersten Ausbildungspakt für den Bereich der Altenpflege signalisiert hatten, wurde in einem Spitzengespräch am 22. November 2012 im Bundesfamilienministerium in Berlin eine abschließende Verständigung zwischen den Ländern und der Bundesagentur für Arbeit über den letzten noch offenen Punkt - die Ausgestaltung von Ausbildungsverkürzungen bei beruflichen Weiterbildungen - erreicht. Bundesfamilienministerin Kristina Schröder äußerte sich erleichtert: "Wir haben einen Durchbruch erzielt, der helfen wird, den Fehlbedarf an Pflegekräften in den kommenden Jahren deutlich zu reduzieren", sagte sie in Berlin. Ihr Staatssekretär Lutz Stroppe, der die Verhandlungen geführt hatte, ergänzte: "Ich freue mich, dass mit der Verständigung zwischen den Ländern und der Bundesagentur für Arbeit der Weg zum ersten, bundesweiten Ausbildungspakt für den Bereich der Pflege frei ist. Alle Partner der Offensive werden jetzt noch einmal abschließend eingebunden, dann müssen wir so schnell wie möglich mit der Umsetzung der Maßnahmen beginnen. Der wachsende Fachkräftemangel in der Altenpflege macht ein gemeinsames Handeln aller für diesen Bereich verantwortlichen Akteure dringend erforderlich. Die Altenpflege ist ein stark wachsender Dienstleistungssektor mit hervorragenden beruflichen Perspektiven. Gute Pflege ist ohne gut ausgebildetes und motiviertes Personal nicht möglich. Mit der Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive haben sich Bund, Länder und Verbände auf ein gemeinsames Vorgehen verständigt, mit dem die Ausbildungszahlen über die Laufzeit des Ausbildungspaktes von drei Jahren jährlich um 10 Prozent gesteigert werden sollen." Für die Länder waren an den Verhandlungen die Amtschefs der Vorsitzenden der Gesundheitsministerkonferenz (Staatssekretärin Schäfer, Saarland), der Arbeits- und Sozialministerkonferenz sowie der Jugend- und Familienministerkonferenz (Staatssekretär Pott, Niedersachsen) und der Kultusministerkonferenz (Staatsrat Voges, Hamburg) beteiligt. Die saarländische Staatssekretärin Gaby Schäfer: "Es ist gelungen, bei Erhaltung der Qualität ein gemeinsames Fundament für die Pflegeausbildung zu schaffen, aber auch über Aufstiegsperspektiven und attraktive Weiterbildungsangebote neue Anreize zu setzen, um dem Fachkräftemangel in der Pflege entgegen zu wirken." Niedersachsens Sozialministerin Aygül Özkan sagte stellvertretend für die Arbeits- und Sozialministerkonferenz (ASMK): "Ich begrüße den ersten Pflegepakt für ganz Deutschland. Wir alle müssen mehr Menschen für den Beruf der Altenpflege gewinnen. Die Menschen werden immer älter, chronische Erkrankungen nehmen zu, die Gefahr an mehreren Krankheiten gleichzeitig zu erkranken, steigt. Gleichzeitig nimmt die Zahl der jungen Menschen ab. Ich freue mich besonders darüber, dass der Bund zugesagt hat, die Kosten des dritten Umschulungsjahrs wieder zu übernehmen." Niedersachsen ist direkt nach Auslaufen der Bundesförderung in die Bresche gesprungen und hat alle auszubildenden Betriebe von den Umschulungskosten freigestellt. Der Präsident der Kultusministerkonferenz, Senator Ties Rabe, erklärte: "Die Länder sehen sich in der Pflicht, die Qualität der Altenpflegeausbildung zu sichern, denn die Versorgung der ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen mit gut ausgebildetem Fachpersonal bildet die Grundlage für eine qualitativ hochwertige Pflege. Die Verhandlungen haben zu einem guten Ergebnis geführt. Ausbildungsverkürzungen bei beruflichen Weiterbildungen erfolgen nur dann, wenn sie fachlich verantwortet werden können." Raimund Becker von der BA äußerte sich ebenfalls zufrieden: "Durch den gefundenen Kompromiss wird die Attraktivität für Pflegeberufe verbessert. Damit gelingt es schneller, einen Beitrag zum Abbau des Fachkräftemangels in der Pflege zu leisten." In dem rund 50 Seiten umfassenden Vereinbarungstext werden Zielvereinbarungen zu folgenden Feldern getroffen: Verstärkte Ausbildungsanstrengungen und bedarfsorientierte Erhöhung der Ausbildungskapazitäten bei Einrichtungen und Schulen Erschließung des Nachqualifizierungspotenzials in der Altenpflege Weiterbildungsförderung durch die Agenturen für Arbeit und Jobcenter Weiterentwicklung der Pflegeberufe Verbesserte Anerkennung im Ausland erworbener Qualifikationen im Pflegebereich Vereinbarkeit von Familie und Beruf / Familie und Ausbildung in der Altenpflege Attraktive Arbeitsbedingungen in der Altenpflege Gesellschaftliche Bedeutung des Berufsfeldes durch Öffentlichkeitsarbeit fördern Rahmenbedingungen für die Altenpflege verbessern Chancen der (Arbeitnehmer-)Freizügigkeit (in der EU) nutzen Zu den vielfältigen Zielvereinbarungen gehören u. a. die Steigerung der Ausbildungszahlen in jedem Jahr der Ausbildungsoffensive um 10 Prozent, die Wiedereinführung der dreijährigen Umschulungsförderung durch die Bundesagentur für Arbeit für die Laufzeit der Vereinbarung bei gleichzeitiger Stärkung der Möglichkeit zur Ausbildungsverkürzung bei entsprechenden Vorkenntnissen, die Nachqualifizierung von bis zu 4.000 Pflegehelferinnen und Pflegehelfern zur Altenpflegekraft, die Steigerung der Attraktivität des Berufsfeldes z. B. durch verbesserte Gesundheitsförderung, einen ausgewogeneren Personalmix, leistungsgerechte Vergütung und eine gemeinsame Kampagne zur verstärkten Wertschätzung dieses Berufsfeldes in der Gesellschaft. Hintergrund der Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive ist der durch die demografische Entwicklung wachsende Personalbedarf in der Altenpflege. So wird die Zahl der Leistungsbezieher in der sozialen Pflegeversicherung bis zum Jahr 2030 im Verhältnis zum Vergleichsjahr 2011 um knapp 40 Prozent auf dann 3,2 Millionen. steigen. Daher wird auch der Bedarf an qualifiziertem Personal in der Altenpflege weiter wachsen. Nach den aktuellen Zahlen der BA kommen jedoch bereits jetzt auf 100 als offen gemeldete Stellen nur noch 37 als arbeitssuchend gemeldete Altenpflegefachkräfte. Gleichzeitig wird die Zahl der dem Ausbildungsmarkt zur Verfügung stehenden jungen Menschen zukünftig deutlich sinken. Partner der Offensive sind neben den beteiligten Bundesministerien die korrespondierenden vier Fachministerkonferenzen der Länder (Arbeits- und Sozialministerkonferenz, Gesundheitsministerkonferenz, Kultusministerkonferenz sowie Jugend- und Familienministerkonferenz), die Wohlfahrtsverbände, die Verbände der privaten Einrichtungsträger, die Berufs- und Fachverbände der Altenpflege, die Kostenträger, die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände, die Gewerkschaft ver.di und die Bundesagentur für Arbeit. Der offizielle Start der Offensive wird mit der öffentlichkeitswirksamen Unterzeichnung des Vereinbarungstextes zeitnah erfolgen. Umgesetzt werden die vereinbarten Maßnahmen in einem Zeitraum von drei Jahren bis zum Ende des Jahres 2015. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) Alexanderplatz 6 10178 Berlin Deutschland Telefon: 01888 - 5550 Telefax: 01888 - 555 41 03 Mail: nicole.elping@bmfjsfj.bund.de URL: <http://www.bmfsfj.de/> 

### Pressekontakt

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

10178 Berlin

[bmfsfj.de/](http://bmfsfj.de/)  
nicole.elping@bmfsfj.bund.de

## **Firmenkontakt**

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

10178 Berlin

[bmf.sj.de/](http://bmf.sj.de/)  
[nicole.elping@bmf.sj.bund.de](mailto:nicole.elping@bmf.sj.bund.de)

Um den gegenwärtigen gesellschaftlichen Herausforderungen zu begegnen, hat die Bundesregierung eine nachhaltige Familienpolitik zu ihrem Markenzeichen gemacht: Ein neuartiger Mix aus Ausbau der Infrastruktur, familienfreundlicher Unternehmenskultur und neu zentrierten monetären Leistungen schafft wirtschaftliche, aber auch zeitliche Spielräume für die Familien und erhöht damit die Lebensqualität für Eltern und Kinder. Mit dem Tagesbetreuungsausbaugesetz soll bis zum Jahr 2010 das Betreuungsangebot für Kinder unter drei Jahren um 230.000 neue Plätze steigen. Dieses Gesetz verpflichtet die Kommunen, bis 2010 ein ausreichendes Betreuungsangebot für die unter Dreijährigen zu schaffen.